



An den Sozialausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Die Vorsitzende Frau Katja Rathje-Hoffmann
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

wir pflegen! Interessensvertretung und
Selbsthilfe pflegender Angehöriger SH e.V.
Nicole Knudsen
Mitglied des Landesvorstands
schleswig-holstein@wir-pflegen.net
Steinbergweg 1
25873 Oldersbek
0152.3373.9618
wir-pflegen.net

1 / 3

Nur per E-Mail: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

19. April 2024

Stellungnahme zum

Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung, Drucksache 20/1771

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Rathje-Hoffmann,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu dem oben angeführten Gesetzesentwurf und vielen Dank an die Landesregierung für den Bericht zu diesem sensiblen Thema.

Am Ende des Berichts muss der Beginn einer Strategie stehen. Die Wirksamkeit der im Bericht aufgeführten Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsangebote muss im Detail bewertet werden um zu verifizieren, ob sie hinreichend sind. Eine reine Aufzählung von Maßnahmen, Initiativen und Institutionen mit einer unterstellten Regelvermutung eines Gelingens darf dem politischen Anspruch nicht genügen. Wo organisatorische, strukturelle oder infrastrukturelle Lücken bestehen, müssen diese mit politischer Unterstützung geschlossen werden. Insofern ist der Bericht ein wichtiger, wenngleich auch nur erster Schritt für eine ausreichende Suizidprävention im Rahmen einer landesweiten Strategie der Landesregierung.

Wie im Bericht erwähnt, gehören stark belastende Lebensereignisse zu den Haupt-Risikofaktoren für Suizidalität. Pflegebedürftigkeit und der damit einhergehende Verlust der Selbständigkeit ist für die Betroffenen an sich schon ein lebenskritisches Ereignis. Doch auch die Pflege eines Betroffenen ist für Angehörige eine dauerhafte Belastungssituation und so gehören häuslich Pflegende unbedingt zu den Zielgruppen einer noch zu formulierenden Präventionsstrategie. Es wurde bereits nachgewiesen, dass Pflege so belastend sein kann,



dass dies zu suizidalen Gedanken pflegender Angehöriger beiträgt.¹

Nicht nur pflegende Angehörige hochaltriger Menschen befinden sich in emotionalen Extremsituationen, sondern insbesondere pflegende Eltern sind mit der Aussicht auf lebenslange Pflege und den kaum vorhandenen Entlastungseinrichtungen in einer permanenten Überforderungssituation. Aus unserer Mitgliedschaft wurden vor allem von pflegenden Eltern mehrfach Suizidgedanken geäußert.

Die mit der Pflege ständig einhergehende Konfrontation mit dem Lebensende, Sterben und Tod ist eine gravierende Ursache für Suizidalität. Die bestehende Literatur legt nahe, dass etwa Pflegefachpersonen durch ihre Arbeit einerseits ein höheres Risiko aufweisen mit einem Suizid in Kontakt zu kommen und andererseits durch diese Kontakte erheblichen Stress und traumatisierende Situationen erleben.²

2 / 3 Auch nach der Pflegesituation ist die erhöhte Suizidalität der Angehörigen noch nicht beendet. Der Tod des Partners oder der Partnerin oder der Person, die in der Häuslichkeit von Angehörigen häufig über mehrere Jahre gepflegt wurden, ist ein traumatisches Ereignis mit erhöhter Suizidgefahr. Eine Neuorganisation der Lebenssituation erscheint immer dann besonders schwierig, wenn der nahe Mensch die einzige emotionale Stütze war.³

Nach einem Meinungsbild zum begleiteten Suizid der Deutschen Stiftung Patientenschutz entscheiden sich Kranke in der absoluten Pflege-Notsituation am Lebensende, in der häusliche Pflege nicht mehr möglich ist und sie nur noch zwischen Pflegeheim und begleitender Suizidhilfe wählen können, zu rund 30 Prozent für einen begleitenden Suizid.⁴ Diese Zahlen sind erschreckend und eine schwere Belastung für Angehörige, die eine stabile häusliche Pflegesituation nicht mehr garantieren können.

In der häuslichen Pflege sind Gedanken an erweiterten, assistierten und begleiteten Suizid signifikante Alltagsbegleiter, werden allerdings kaum thematisiert. Hilfeangebote konzentrieren sich kaum auf diese Produkte ausweglos erscheinender Pflegesituationen. Hier sind Selbsthilfegruppen (u.a. mit Peer Groups) für pflegende Angehörige ein wichtiger Schritt, diese hochsensiblen und gesellschaftlich nicht diskutierten, häufig schambehafteten Themen zu besprechen und die Angehörigen ggf. so zu stärken, dass sie von Selbsttötung, erweiterten oder assistiertem / begleitendem Suizid absehen.

Um eine wirkmächtige, professionelle Dimension der Suizidprävention für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sicherzustellen, bitten wir den Sozialausschuss um die Durchsetzung folgender Maßnahmen:

¹ Vergl. Lebensendlichkeit, Lebensmüdigkeit und Suizidprävention im Kontext von Pflegebedürftigkeit – Eine Befragung pflegender Angehöriger, Studie des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) mit dem Nationalen Suizidpräventionsprogramm (NaSPro), März 2023

² Ebd.

³ Vergl. Wenn das Altwerden zur Last wird - Suizidprävention im Alter. Nationales Suizidpräventionsprogramm, eine Initiative der DGS

⁴ Vergl. Deutsche Stiftung Patientenschutz: Pflegeheim oder begleiteter Suizid? Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, September 2022



- Stärkung der Selbsthilfe für pflegende Angehörige zum Beispiel durch eine Verstärkung der Finanzierung des digitalen Pflegebistros.⁵
- Sensibilisierung für Anzeichen suizidaler Gedanken der zu Pflegenden oder der Angehörigen (zum Beispiel Vereinsamung, Erschöpfung, Überlastung) und Symptomkontrolle bei allen zugehenden, regelmäßigen Beratungen zum Beispiel nach Paragraf 37 Absatz 3 SGB XI
- Verstärkte Hinweise auf das Pflegenottelefon durch die Landesregierung und die Sozialpartner
- Regelmäßige Thematisierung und Wissensvermittlung zu Suizidalität und Suizidprävention in der häuslichen Pflege in allen Formen (Selbsttötungsabsichten der Angehörigen und der Pflegebedürftigen, erweiterter und begleitender / assistierter Suizid) bei flächendeckenden und niedrigschwelligen Beratungen durch unter anderem die Pflegestützpunkte und andere beratende Organisationen
- Ausweitung regionaler Palliativversorgung im Quartier

3 / 3

Ferner unterstützen wir ausdrücklich die Forderung des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes, Suizidalität und Suizidprävention als Pflichtthemen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Angehörige der medizinischen, pflegerischen und sozialen Berufsgruppen zu verankern.⁶

Gern stehen wir für einen weiteren Dialog und weiteren Maßnahmen zur Suizidprävention zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Nicole Knudsen

Vorstand wir pflegen SH e.V.

wir pflegen SH e.V. vertritt die Interessen sorgender, pflegender und begleitender An- und Zugehöriger auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen.

Drei von vier pflegebedürftigen Menschen werden in Schleswig-Holstein von Angehörigen und Freunden versorgt. Bisher wurde diese wertvolle Arbeit viel zu wenig gewürdigt. Das wollen wir ändern.

Zu unseren Zielen gehört deswegen die Stärkung der Selbsthilfe. Außerdem setzen wir uns für mehr Wertschätzung und Mitspracherecht der häuslich Pflegenden in Gesellschaft und Politik ein.

⁵ www.pflegebistro.de

⁶ <https://www.dhvp.de/presseinformation/suizidpraevention-muss-gesetzlich-verankert-werden-vorschlag-vorgelegt.html>